Regierung rechnet mit steigenden Anwerbeversuchen von Salafisten

22. September 2016

Berlin (KNA) Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Zahl der Anwerbeversuche von Salafisten bei Flüchtlingen steigen wird. „Perspektivisch ist von einer Zunahme dieser Aktivitäten auszugehen“, heißt es in einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Parlamentsanfrage, die den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Mittwoch) vorliegt. Seit Oktober 2015 sind mehr als 340 Fälle bekannt, in denen Salafisten versuchten, Kontakt zu Flüchtlingen aufzunehmen – mehr als die Hälfte dieser Kontaktversuche ereignen sich „an oder im Umfeld von Migrantenunterkünften“, heißt es in dem Papier. Die Kontaktaufnahme geschehe „unter dem Deckmantel humanitärer Hilfsangebote“. So werden etwa Gebetsteppiche, Nahrungsmittel und Geld an Flüchtlinge verteilt. Besonders anfällig für „Versprechen von Islamisten“ seien unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, so das Bundesinnenministerium. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, forderte mehr Anstrengungen der Bundesregierung im Kampf gegen die Salafistenszene. „Etwas bedenklich stimmt mich, dass die Bundesregierung keine neuen Ideen entwickelt, wie der Salafistenpropaganda entgegengewirkt werden kann“, sagte die Abgeordnete. Es sei „die Aufgabe der ganzen Gesellschaft, Flüchtlinge in Deutschland vor jeglicher Hasspropaganda zu schützen“. Dazu gehöre auch, „den Flüchtlingen eine rasche Integration in Deutschland zu ermöglichen und der Salafistenhetze damit weiteren Boden zu entziehen“. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann warnte vor Salafisten. „Vor falschen Predigern und islamistischen Hetzern müssen wir auf der Hut sein und bewusst gegensteuern“, so der CSU-Politiker. „Die islamistische Szene beobachten wir deshalb auch sehr aufmerksam – gerade auch die Versuche von Salafisten, junge Flüchtlinge als Nachwuchskämpfer zu rekrutieren.“ (KNA – qktmk-89-00207)

Stand: 18. November 2026